75. Jahrgang. № 228 — Sonntag, 13. Mai 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Mai 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Mai 3.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pfennig. Außerhalb Dresdens 20 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Presseausstellung Köln eröffnet.

Eine umfassende Weltschau aus 45 Staaten. — Glänzender Aufmarsch von Besuchern.

Die Reden bei der Eröffnung.

Köln, 12. Mai. Am Sonnabendmorgen herrscht trotz unfreundlichen Regenwetters ein frohbewegtes Leben in den Zufahrtsstraßen zur „Pressa". Die Straßen sind mit Reichs-, Stadt- und Provinzialflaggen reich geschmückt. Um den Dom weht ein Flaggenwald in den Farben des Reiches und der Bundesstaaten.

Die Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Koch, die Staatssekretäre Pünder, Zweigert, Dr. Geib, der Reichspressechef Dr. Zechlin, Reichskunstwart Dr. Redslob, Reichskommissar Dr. Freiherr Langwerth v. Simmern, der deutsche Gesandte in Bern Dr. Müller, die Mitglieder der preußischen Regierung, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Braun, Staatssekretär Dr. Abegg, Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, sowie als Vertreter des Reichsrates Exzellenz Dr. von Preger, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Exzellenz Boden, Reichstagspräsident Löbe, Landtagsvizepräsident Dr. v. Kries, sowie die Vertreter der Freistaaten Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz haben sich auf der Empore der großen Messehalle versammelt, in der der Eröffnungsakt der Ausstellung vor sich geht. Allgemeines Bedauern herrscht darüber, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann infolge seiner Krankheit verhindert ist, dem Ereignis beizuwohnen. Besonders fällt der Eintritt des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, auf, den der Untergeneralsekretär Dufour-Feronce begleitet. Das Berliner diplomatische Korps ist fast vollständig vertreten.

Der Oberbürgermeister von Köln, Adenauer,

begrüßte zuerst die Anwesenden und insbesondere die Vertreter der Reichsregierung. Er betonte: Ohne die Zustimmung und die moralische Unterstützung der Reichsregierung wäre diese internationale Ausstellung nicht möglich gewesen. Diese Ausstellung hat zum Gegenstand, die Welt des in Wort und Bild gefaßten vervielfältigten Gedankens darzustellen. Der in Worten gefaßte Gedanke ist die mächtigste und stärkste, die umfassendste Kundgebung des menschlichen Geistes. Mit größtem Entgegenkommen ist unsere Bitte um Beteiligung in allen Kulturländern und vom Generalsekretariat des Völkerbundes aufgenommen worden. Mit wahrer und aufrichtiger Freude heiße ich daher die Vertretungen von 45 Staaten des Völkerbundes willkommen. **Diese Ausstellung wird durch Internationalität den Blick weiten über die gemeinsame Grundlage aller menschlichen Kultur für die Möglichkeiten, ja die Notwendigkeiten internationaler Zusammenarbeit.**

Der geschäftsführende Vorsitzende der Ausstellung,

Generaldirektor Dr. Esch,

bezeichnete als Zielsetzung der Ausstellung, „dieser Aufgabe ohne Vorbild" in erster Linie: die Bedeutung der Presse als geistige Macht, als Kulturfaktor darzustellen. Als zweites: ihre Bindungen in Technik und Wirtschaft zu zeigen. Als drittes: die Weltgeltung und Weltbedeutung der Presse vor aller Welt offen zu legen. Nach einer Erläuterung der einzelnen Abteilungen der „Pressa" hob Dr. Esch hervor, daß die Siegkraft des Gedankens der „Pressa" ihre höchste Bestätigung in dem Widerhall des Auslandes finde, da sich 45 Länder der Erde mit dem Völkerbund zu diesem Friedenswerk, dieser Kulturtat, zusammengefunden hätten.

Ministerpräsident Braun

nannte es in seiner Ansprache eine glückliche Fügung, daß sich gerade im Rheinland, dem ältesten Stück deutschen Kulturbodens, das so schwer unter den Folgen des Krieges habe leiden müssen und noch leide, und insbesondere im altehrwürdigen Köln die „Presse" entfalten könne. Der Beiklang vom politischen und kulturellen Rückschritt und vom „Polizei- und Militärstaat", den der Name Preußen noch jetzt in einem Teil des Auslandes und des deutschen Inlandes habe, sei auf jeden Fall heute nicht mehr gerechtfertigt, wofür u. a. auch Preußens Verhältnis zur Presse ein untrüglicher Prüfstein sei. Das neue Preußen achte und schütze die Pressefreiheit. Aber erst die Paarung von Pressefreiheit und journalistischem und verlegerischem Verantwortungsgefühl ergebe die richtige Mischung. Es sei ein Glück, daß die Presse mit wenig Ausnahmen in wachsendem Maße ihre größte Aufgabe darin sehe, ausgleichend zu wirken für den Abbau der nationalen Gegensätze und für die Verständigung der Völker.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

als Vertreter des Reichskanzlers und der Reichsregierung brachte zunächst das Bedauern des Reichskanzlers Dr. Marx zum Ausdruck, daß er durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei. Brauns führte dann u. a. folgendes aus: Diese Ausstellung ist von großer nationaler, aber auch nicht minder internationaler Bedeutung. Die Reichsregierung hat ihr deshalb auch wärmstes Interesse entgegengebracht. Sie nimmt alles Geschehene zur Kenntnis, sie nimmt aber auch bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge selber. Sie dient großen Mächten, nimmt sich aber auch der kleinen und schwachen an. Eine besondere Note erhält die Ausstellung aber auch dadurch, daß sie die Presse als Weltmacht zeigt, die weltumfassende Organisation des internationalen Nachrichtendienstes aufweist und die Weltverbundenheit der Presse dartut. Möge sie wirken für den Frieden und für das Erstarken einer friedfertigen Gesinnung der Völker im Dienste der großen alles umspannenden Menschheitsidee. „Durch und über die Nation", das sei ihr Wahlspruch.

Der Reichsarbeitsminister eröffnet dann im Namen des Reichskanzlers die Internationale Presseausstellung zu Köln.

Die Feier schließt mit dem Deutschland-Lied und dem Beethovenschen Finale und Schlußchor aus Schillers „Ode an die Freude".

(Ein Ueberblick über das, was die Ausstellung bietet, befindet sich auf Seite 4.)

Benesch findet den Weg nach Berlin?

Nachrichten über einen Besuch bei Stresemann

Deutschlands Verhältnis zur Tschecho-Slowakei.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Mai. Unser Hinweis in den kürzlich veröffentlichten Ausführungen an die sudetendeutsche Adresse, daß sich das bisher wirksame Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und den Tschechen langsam, aber sicher verschiebe und daß schließlich die Tschechen Mittel und Wege finden müßten, an die Deutschen heranzutreten, scheint bereits heute seine Bestätigung zu finden. Der Wiener Korespondent der „Voss. Ztg." drahtet seinem Blatte, ihm sei aus tschecho-slowakischer Quelle die Nachricht zugegangen,

der tschecho-slowakische Außenminister Dr. Benesch werde sich am kommenden Donnerstag nach Berlin begeben, um dem deutschen Reichsaußenminister einen Besuch zu machen.

Während uns an zuständiger Stelle in der Wilhelmstraße bestätigt wird, daß Dr. Benesch schon im April im Auswärtigen Amt habe anfragen lassen, wie die Wahldispositionen des Reichsaußenministers seien, und ob er Gelegenheit haben könne, auf seiner Rückreise von England nach Prag in Berlin Dr. Stresemann zu sprechen, stellt sich die hiesige tschecho-slowakische Gesandtschaft noch tot. **Auf Anfrage wird uns dort erklärt, daß die Wiener Meldung „der tschecho-slowakischen Gesandtschaft" vollkommen überraschend gekommen sei. Präzise Dispositionen seien noch gar nicht getroffen.** Seit der Genfer Abrüstungskonferenz habe Dr. Benesch einen Erholungsurlaub genommen, und er halte sich gegenwärtig in England auf. Allerdings sei es möglich, daß sich Dr. Benesch auf dem Wege über Berlin nach Prag zurückbegeben werde.

Ungeachtet dieser Feststellungen spricht aber fast alles dafür, daß der tschechische Außenminister, der bisher seit Gründung seines Staates es ängstlich vermieden hat, den Weg nach Berlin zu finden, **nunmehr einzusehen beginnt, daß es nicht mehr angängig ist, das politische Denken in den Formen der Versailler Mächtegruppierung fortzuführen,** und daß die Tschecho-Slowakei sich doch einmal mit dem Hauptstaat eines Volkes verständigen muß, dessen von beinahe 80 Millionen besiedelter Volksboden die tschecho-slowakische Sieben-Millionen-Insel nahezu vollständig umschließt. Diese Erwägungen dürften in Dr. Benesch schon deshalb um so wirksamer zu werden beginnen, als

die neue Mächtekombination in Süd- und Südost-Europa eine akute Gefahr für die Tschecho-Slowakei darstellt.

Ungarn und Italien sind ein enges Freundschaftsverhältnis eingegangen. Die Grenzrevisionspropaganda Ungarns, die vornehmlich gegen die Tschecho-Slowakei gerichtet ist, macht Prag offenbar ebenfalls immer nervöser, zumal die Romreise Zaleskis zum mindesten den Verdacht hat aufkommen lassen, daß auch Polen sich in die von England mit inaugurierte Kombination einzuschalten geneigt sein könnte. So bleibt der Tschecho-Slowakei, wenn sie nicht zwischen alle Stühle sitzen zu kommen wünscht, gar nichts anderes übrig, als sich irgendwie an das Deutsche Reich anzulehnen.

Daß eine solche Einsicht auch innerpolitische — und vom deutschen Standpunkt aus gesehen auch volkspolitische — Konsequenzen haben muß, ist selbstverständlich. Benesch wird nicht erwarten können, daß das Deutsche Reich so ohne alle Umstände jene Politik des „mitteleuropäischen Gendarmen Frankreichs" vergißt, die sich Prag lange Jahre hindurch in sehr kurzsichtiger Verkennung der Gesamtlage geleistet hat. Daß man sich in Berlin auch auf keinerlei nähere Beziehungen wird einlassen können, ohne daß Prag alle doch praktisch gegen das Deutsche Reich gerichteten Donaufoderationspläne abschüttelt, dürfte ebenso selbstverständlich sein. Des weiteren würde es, wenn es die Tschecho-Slowakei mit einem engeren Verhältnis zum Deutschen Reich wirklich ernst nimmt, von Dr. Benesch klug sein, zunächst persönlich seinen Widerstand gegen den Anschluß Oesterreichs aufzugeben und auch an anderer beteiligter Stelle, z. B. in Paris, dahin zu wirken, daß die für den Anschluß notwendige Einstimmigkeit des Völkerbundsrats zustande kommen kann.

Unter der Voraussetzung, daß sich der Leiter der Außenpolitik der tschecho-slowakischen Republik nunmehr endgültig zu einer organischen Außenpolitik in Mitteleuropa, die ganz natürlicherweise über Berlin gemacht werden kann, bekehrt hat, wäre der angekündigte Berliner Besuch aufrichtig zu begrüßen.

Seid einig! Denkt an Hindenburg!

Nur noch eine Woche trennt uns von der Entscheidung an der Urne. In dieser kurzen Zeitspanne wird der Wahlkampf den Siedepunkt erreichen, und den normalen Staatsbürger, der das Geschmortwerden im agitatorischen Hexenkessel nicht als eine Erhöhung der Annehmlichkeiten des Daseins empfindet, kann ein Grauen anwandeln bei dem Gedanken an den Inhalt der Kübel, die der Linksradikalismus über die Häupter der Wähler noch in den letzten Tagen entleeren wird. Hilft aber alles nichts; man muß sich mit Resignation in das Unvermeidliche fügen. Die Hauptsache ist, daß die im nationalen und bürgerlichen Zeichen kämpfenden Parteien inmitten von all dem sinnverwirrenden Getobe und Gelärm den Kopf klar und kühl behalten und ihr Vorgehen nach der Erkenntnis einrichten, daß bei der diesmaligen Wahl etwas weit Höheres auf dem Spiele steht, als es das Schicksal aller Parteien zusammengenommen ist, nämlich die Entscheidung über die Frage, ob die staatserhaltende und staatsaufbauende Arbeit der letzten Jahre fortgesetzt oder von einer Entwicklung abgelöst werden soll, die Deutschlands Zukunft aufs neue aus der Bahn eines ruhigen Aufstiegs herausschleudert und sie den unabsehbaren Gefahren einer ganz mit sozialistischen Einschlägen durchsetzten und von sozialistischen Parteimännern geleiteten Politik ausliefert. Das Bewußtsein für diesen Kardinalpunkt bei allen Wählern, die überhaupt noch eines eigenen Urteils fähig sind, zu schärfen und ihnen ins Gewissen zu hämmern, um welches hohe Ziel die Abstimmung geht, das ist es, worauf es in diesem schweren letzten Wogenprall des Wahlkampfes ankommt. Auch die Linke hat diesmal in richtiger Witterung des grundsätzlichen Charakters der Wahlentscheidung darauf verzichtet, den gesamten politischen und wirtschaftlichen Quark im einzelnen breitzutreten. Sie hat statt dessen ein allgemeines großes Ziel aufgestellt, das sie auf die Formel gebracht hat: „Gegen die Reaktion! Der Feind steht rechts!" Die angebliche „Reaktion" wird in den schwärzesten Farben ausgemalt. Der Abgeordnete Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, erklärt, „das Volk Goethes habe am 20. Mai zu wählen zwischen Frieden (links) oder Blut und Brand (rechts)". Herr Wels ist derselbe radikale Apostel, von dem das berüchtigte Wort stammt, daß es besser sei, mit der Masse zu irren als sich ihr aus einer höheren Erkenntnis heraus zu widersetzen, weil die Erhaltung der Einheit der Partei jedem wahren Sozialdemokraten über alles gehen müsse. Und der Führer der Berliner Sozialdemokratie, der Genosse Künstler, orakelt über die Folgen, die ein Sieg der „Reaktion" haben würde, dahin, daß dann der Republik der Garaus gemacht und die Monarchie wieder eingesetzt würde. Die unmittelbare Folge einer solchen Wendung würde sein, daß die jetzigen Jungwähler „wieder ihre besten Jahre hinter Kasernenmauern verträumen müßten"; vor diesem Schicksal könnten sie nur bewahrt werden, wenn sie sich Mann für Mann um die Fahne der Sozialdemokratie scharten. Im sozialdemokratischen Wahlaufruf wird Nachdruck auf die „Feststellung" gelegt, daß die Herrschaft der „Reaktion" gleichbedeutend wäre mit dem Abbau der Sozialpolitik.

Es würde vergebliche Liebesmühe sein, solchen Wählern, die, ganz unter dem Banne der radikalen Phrase stehend, sich widerstandslos vom Reaktionsunsinn ins Garn locken lassen, Vernunft zu predigen und ihnen nachzuweisen, daß alles das, was die Sozialdemokratie der „Rechtsreaktion" andichtet, glatt aus den Fingern gesogen ist; daß auch die Rechte ehrlich den Frieden will und daß sie nur gegen die geflissentliche nationale Charakterlosigkeit der Linken Front macht; daß auch die Rechte vollbereit ist, den Staat zu nehmen, wie er ist, an seiner Festigung loyal mitzuarbeiten und jeden monarchistischen Umsturzversuch als ein Verbrechen an unserem unbedingt der Ruhe bedürftigen Volke zu brandmarken; daß gerade die jetzige Rechtsregierung eine sozialpolitische Arbeit bewältigt hat, die mit Recht als Rekordleistung bezeichnet werden darf. Die nicht belehrt sein wollen, sind auch durch die schlagendsten Gründe nicht zu überzeugen. Die perfide Art aber, wie diesmal die Sozialdemokratie auf den Seelenfang, insbesondere auch der Jungwähler, ausgeht, muß für die bürgerlichen Parteien, soweit sie ihres Namens überhaupt würdig sein wollen, als Offenbarung in dem Sinne wirken, wie sie sich selbst zu verhalten haben. Daß es nicht zu der großen Einheitsfront der führenden bürgerlichen Parteien gegen den Marxismus gekommen ist, muß von vornherein als ein erheblicher Nachteil des bürgerlichen Aufmarsches bewertet werden, im Vergleich mit dem geschlossenen Ansturm des Linkssozialismus, der durch die kommunistische Belferei keine ernstliche Einbuße erleidet. Nicht nur, daß sich das leidige Unwesen der Splitterparteien in beklemmender Ueppigkeit entfaltet, wird der nationale Wahlkampf diesmal auch noch durch die Differenzen zwischen der Deutschnationalen und der

SLUB
Wir führen Wissen.